

EIN EUROPÄISCHES LIEFERKETTEN-GESETZ KÖNNTE DAS LEBEN VON ERNTEHELFERINNEN WIE FATIMA VERBESSERN

*Elia Carceller hat in Spanien Agrarwissenschaften studiert, kennt die landwirtschaftlichen Strukturen in Almería und erläutert, wie ein europäisches Lieferkettengesetz die Situation von Erntehelfer*innen wie Fatima verbessern könnte.*

Ich habe Mitte der 2000er-Jahre an der Polytechnischen Universität von Valencia Agrarwissenschaften studiert. Damals war das sogenannte Plastikmeer in der Region Almería der Stolz des spanischen Landwirtschaftssektors: „Wir“ waren die Gärtnerei Europas und haben ganz Europa mit Obst und Gemüse beliefert. Einige Großgrundbesitzer*innen, die in ihrem Leben nie wirklich einen Acker bearbeitet hatten, machten viel Geld mit dem Export von Obst und Gemüse. Zusammen mit dem Tourismus war die landwirtschaftliche Produktion der wichtigste Wirtschaftssektor in Spanien. Die Ernte wurde bereits damals in die Länder Mittel- und Nordeuropas exportiert. Für Student*innen, wie ich es war, organisierte die Uni mehrmals Exkursionen nach Almería, um die Wunder der Technologie in der Landwirtschaft zu erkunden.



Bei den vielen Besuchen auf den Feldern und in den Gewächshäusern in Almería habe ich nie migrantische Arbeiter*innen gesehen. Auf diese waren die Unternehmer*innen anscheinend nicht so stolz. Sie zogen es vor, die Arbeiter*innen vor uns einigermaßen engagierten Student*innen zu verstecken, um unangenehme Fragen zu vermeiden. Auch während meines gesamten Studiums wurde nicht ein einziges Mal über die Menschen gesprochen, die auf den Feldern arbeiten. Niemand thematisierte damals ihre Arbeitsbedingungen oder Lebensumstände. Sie waren einfach da, unsichtbar und unauffällig, und machten die Arbeit für uns. Das galt für Felder in ganz Spanien – nicht nur in Almería.

Seit Jahren besetzen Migrant*innen die unerlässlichen saisonalen Stellen, die Einheimische nicht wollen. Einige Arbeiter*innen reisen nur für die Erntezeit aus ihren Herkunftsländern ein, während andere in Spanien bleiben und dort noch einer anderen Arbeit nachgehen. Dies ist zum Beispiel bei Fatima der Fall, mit der wir für dieses Magazin gesprochen haben. Sie ist eine von jenen unsichtbaren Arbeiter*innen, über die und vor allem mit denen zu selten gesprochen wird.

Für einen nicht geringen Teil der spanischen Landwirtschaft gilt entsprechend: Die Preise für Obst und Gemüse sind oftmals nicht real, da sie auf der Ausbeutung von migrierten Landarbeiter*innen basieren. Ein Kilo Tomaten würde in einem deutschen Supermarkt im Januar deutlich mehr kosten, wenn diese Menschen einen existenzsichernden Lohn und angemessene Arbeitsbedingungen erhielten.

Veränderung ist möglich, wenn wir handeln und politisch aktiv werden

Kürzlich hörte ich spanische Nachrichten. Es gab große Aufregung, weil eine deutsche Supermarktkette 80 Obst- und Gemüseerzeuger*innen in der Region Murcia um Erklärungen gebeten hatte. Das Unternehmen war besorgt wegen einiger Berichte über negative ökologische Auswirkungen der



Das Plastikmeer in El Ejido ist Zentrum der spanischen Gemüse- und Obstproduktion. Hier arbeiten viele Erntehelferinnen wie Fatima unter extrem prekären Bedingungen.

industrialisierten Landwirtschaft im Gebiet des Mar Menor, einer unter Naturschutz stehenden Salzwasserlagune. Die Supermarktkette gab an, dass es ihrer Unternehmenspolitik entspreche, die Situation zu untersuchen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen. Das heißt für die Obst- und Gemüseerzeuger*innen in Spanien ganz konkret, dass sie in Zukunft strengere Kriterien berücksichtigen müssen, wenn sie den Abnehmer*innen ihrer Produkte gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet sind.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie wirksam eine Verordnung sein kann, mithilfe derer Unternehmen dazu gezwungen werden, Lieferketten zurückzuvorforschen und zu überprüfen. So können mögliche Unregelmäßigkeiten aufgefunden und verantwortliche Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Es ist das Lieferkettengesetz in der Praxis. Und es funktioniert. Ein Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene könnte das Leben von Migrant*innen in der Landwirtschaft entscheidend verbessern. Eine starke EU-Verordnung würde die Gesetze in allen EU-Mitgliedstaaten harmonisieren und gleiche Bedingungen für alle Akteure schaffen, bei denen der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt obligatorisch ist. So würden die bestehenden Probleme gar nicht erst entstehen. Gerade vulnerable Gruppen, die kaum in der Lage sind, für ihre eigenen Rechte einzutreten, benötigen besonderen Schutz. Dazu gehören migrantische Arbeiter*innen, insbesondere Frauen und Kinder, aber auch Kleinbäuer*innen.

ZUM WEITERLESEN

Mehr dazu unter:

www.slowfood.de/was-wir-tun/aktionen-und-kampagnen/ourfoodourfuture

